

## **B E S C H L U S S**

**aus der Niederschrift der 31. Sitzung in der IX. Wahlperiode  
des Rates der Stadt Salzkotten  
am 10.10.2018, im Sitzungssaal des Rathauses, Marktstraße 8**

### **A) ÖFFENTLICHE SITZUNG**

#### **Zu TOP: 14      Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen auf Beitritt zur Erklärung der rheinischen Städte zur Aufnahme aus Seenot geretteter Flüchtlinge**

Bürgermeister Berger erklärt, dass der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fristgerecht eingegangen ist. Er bittet die Fraktion, kurz zum Antrag Stellung zu nehmen.

Ratsmitglied Dehlinger verweist auf die sinkende Anzahl zugewiesener Flüchtlinge und Asylbewerber in Salzkotten und vertritt die Auffassung, dass aus Seenot gerettete Flüchtlinge hier aufgenommen werden könnten. Hierfür könnten die zwei neu errichteten Gebäude ‚Am Grarock‘ genutzt werden, die derzeit leer stehen. Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei es äußerst wichtig, dass der Rat der Stadt hierzu ein entsprechendes Zeichen setzt.

Bürgermeister Berger erläutert, dass die räumliche Zuordnung der Flüchtlinge in Zuständigkeit der Bezirksregierung Arnsberg erfolgt. Derzeit erfüllt die Stadt Salzkotten die Aufnahmequote zu ca. 95 %. Bürgermeister Berger weist darauf hin, dass neben der Unterbringung der Flüchtlinge auch die Integration eine immer wichtigere Rolle spielt. Für ihn stellt sich die Frage, wie eine Verteilung zusätzlicher in Seenot geratener Flüchtlinge durch die Bezirksregierung praktisch umgesetzt werden könnte.

Ratsmitglied Glahe geht darauf ein, dass sich der Rat in der Vergangenheit oft mit Anträgen beschäftigt habe, von denen die Stadt Salzkotten nicht in erster Linie betroffen war. Die SPD-Fraktion befürwortet den Antrag in diesem Fall jedoch ausdrücklich, da damit ein wichtiges Signal in Richtung der Entscheidungsträger auf Bundes- und Landesebene gesetzt werden könne, um diese zu einer moralischen Handlungsweise zu bewegen.

Ratsmitglied Kesternich spricht die schrecklichen Bilder aus der Mittelmeerregion an, die in der Presse und im Fernsehen zu sehen sind. Vor Ort sei zwar der notwendige Raum für die Unterbringungen von Flüchtlingen geschaffen worden, Ratsmitglied Kesternich bezweifelt allerdings, dass die Stadt Salzkotten in der Lage ist, eine Zuweisung von Seenotflüchtlingen zu forcieren. Eine Entscheidung müsse aus ihrer Sicht auf Bundes bzw. Landesebene getroffen werden.

Ratsmitglied Menke hat großen Respekt vor der Arbeit der Helferinnen und Helfer, die Flüchtlinge aus der Seenot retten. Es sei bedauerlich, dass die Schiffe darin gehindert werden, zu Rettungseinsätzen auszulaufen. Ratsmitglied Menke hebt hervor, dass den Flüchtlingen in Salzkotten mit der engagierten Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger tatsächlich geholfen werden konnte und auch weiterhin geholfen wird. Im Gegensatz zu der tatkräftigen Hilfe und Unterstützung der Menschen vor Ort habe der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lediglich einen symbolischen Charakter, der den in Seenot geratenen Flüchtlingen aus Sicht seiner Fraktion nicht weiterhelfe. Die CDU-Fraktion unterstützt den Antrag daher nicht.

Ratsmitglied Svensson zweifelt nicht daran, dass in Salzkotten nicht genug getan worden sei und getan werde. Es gehe seiner Fraktion auch nicht um die Einhaltung bürokratischer Verteilschlüs-

sel, sondern eher um die Fragestellung, ob eine Politik der Inhumanität und Abschottung weiterhin mitgetragen werden solle oder nicht. Er plädiert dafür, den Antrag seiner Fraktion zu unterstützen.

Ratsmitglied Hundt spricht an, dass aus moralischen und ethischen Gesichtspunkten nicht ignoriert werden dürfe, was in den letzten Monaten in Deutschland passiert sei. Dem Rechtspopulismus müsse entschieden entgegengetreten werden. Es gehe in diesem Fall nicht um die Erfüllung von Verteilschlüsseln und auch nicht um die praktische Umsetzung, sondern darum, die Werte Anstand und Moral hochzuhalten und ein Signal zu setzen, das sich der bisherigen Entwicklung entgegenstellt. Sie bittet die Ratsmitglieder darum, dem Antrag zuzustimmen.

Ratsmitglied Stracke vertritt die Auffassung, dass eine repräsentative Demokratie als Herrschaftsform auch eine gewisse Glaubwürdigkeit erfordere. Dies sei in diesem Fall nicht gegeben, da der Rat der Stadt Salzkotten die Verteilung der Flüchtlinge nicht beeinflussen könne. Aus ihrer Sicht könnten die Abgeordneten im Bundes- und Landtag in dieser Angelegenheit vorrangig etwas bewirken. Sobald feststehe, wie die notwendigen Schritte für die Stadt Salzkotten aussehen könnten, bestehe auch die Möglichkeit, diese vor Ort konkret umzusetzen.

Bürgermeister Berger stellt fest, dass Einigkeit über den Inhalt des zweiten fett gedruckten Absatzes des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen besteht, zum ersten fett gedruckten Absatz allerdings noch unterschiedliche Meinungen vorhanden sind.

Ratsmitglied Stracke erklärt, dass der zweite fett gedruckte Absatz losgelöst betrachtet werden müsse und von der CDU-Fraktion unterstützt werden könnte.

Ratsmitglied Svensson unterstreicht, dass es seiner Fraktion um den konkreten Anlass der Seenot gehe und es daher nicht sinnvoll sei, den zweiten Absatz von der Erklärung loszulösen.

Ratsmitglied Sprink könnte sich vorstellen, dass die Erklärung bei den Abgeordneten im Bundes- und Landtag Gehör finden und auch europaweit wahrgenommen werden könnte, wenn sich eine große Anzahl von Kommunen anschließen würde. Die SPD-Fraktion unterstützt den Antrag zum Beitritt zur Erklärung.

Die Sichtweise von Ratsmitglied Sprink wird auch von Ratsmitglied Stein unterstützt. Für ihn sei es wichtig, ein notwendiges Signal zu setzen.

Ratsmitglied Kesternich betrachtet die Flüchtlingspolitik als eine sehr komplexe Thematik, die aus ihrer Sicht durch symbolisches Handeln nicht beeinflusst werden könne. Sie hält es für sinnvoller, über die Abgeordneten im Bundes- und Landtag sowie weitere Entscheidungsträger Einfluss zu nehmen.

Für Ratsmitglied Keuper ist es wichtig, dass auf menschliche, aber auch demokratische Art und Weise gehandelt werde. Es bestehe Einigkeit darüber, dass den Flüchtlingen in Seenot geholfen werden müsse, der Beitritt zur Erklärung sei allerdings aus ihrer Sicht für die Stadt Salzkotten nicht das geeignete Mittel, die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung zu beeinflussen.

Ratsmitglied Glahe hält die Erklärung für eine pragmatische Idee, die durch die Rückendeckung aus großen und kleinen Kommunen für die notwendigen Diskussionen in der Bundes- und Landespolitik sorgen könnte. Zu bedenken sei auch, dass andere Kommunen im Gegensatz zur Stadt Salzkotten möglicherweise nicht in der Lage dazu seien, überhaupt noch weitere Flüchtlinge aufzunehmen.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen, lässt Bürgermeister Berger über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Der Rat der Stadt Salzkotten beschließt, dass sich die Stadt Salzkotten den Initiativen der Oberbürgermeisterin Reker (Köln) und der Oberbürgermeister Clausen (Bielefeld), Geisel (Düsseldorf) und Sridharan (Bonn) anschließt und gegenüber der Bundesregierung und den zuständigen Behörden signalisiert, dass die Stadt Salzkotten bereit ist, Flüchtlinge, die aus Seenot gerettet wurden, aufzunehmen.

Darüber hinaus soll der Bürgermeister dieses Anliegen an die Verantwortlichen auf allen politischen Ebenen herantragen und sich dafür einsetzen, dass Bundes- und Landesregierung die Gemeinden finanziell und personell in die Lage versetzen, für eine optimale Unterbringung und Integration der Geflüchteten zu sorgen.

Abstimmungsergebnis: Ja-Stimmen: 14  
Nein-Stimmen: 18  
Enthaltungen: 2